

**Ersteinzel Heft**  
nachmitt. mit Anzeigen  
der Sonn- und Freitage.

**Abonnementpreis**  
monatlich 50 Pf.  
vierteljährlich 1.50 Mk.  
jährlicher 5.00 Mk.  
Durch die Post bringen  
Lsh. Mk. incl. Postgeb.

**Die Neue Welt**  
(Anschaltungsbeilage),  
monatlich 10 Pf.

**Verantwortl. Redakteur:**  
Redaktion: Nr. 898,  
Expediton: Nr. 1047,  
Telegraphen-Adresse:  
Vollständ. Adressen

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

**Insertionsgebühr**  
berechnet für die 6 Spalten  
Reilspalte über deren Raum  
20 Pfennig.  
Für besondere Anzeigen  
25 Pfennig.  
Im reaktionären Sinne  
höchst die Seite 76 Pfennig.

**Insertate**  
für die fällige Nummer  
müssen spätestens die ver-  
willigte Zeit 10 Stunden vor  
Expediton eingegangen sein.

Eingetragen in die  
Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
Expediton: Part 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Redaktion: Part 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/4 Uhr mittags.

## Der Rüstungstaumel.

Aufzähen zwei zu eins!

Die englische Admiralität veröffentlicht Angaben über die Steigerung der Flottenausgaben der Großmächte in den letzten zehn Jahren.

England gab 1901 697 445 980 Mk. für seine Flotte aus, 1911 aber 888 040 940 Mk. Die Neubauten verschlangen die Summe von 351 837 540 Mk.

Deutschland verbrauchte 1901 190 600 000 Mk. für Flottenwerke, 1911 aber 433 883 567 Mk. Die Kosten der Neubauten werden mit 234 500 000 Mk. angegeben.

Frankreich gab aus: Frankreich 1901 276 045 280 Mk., 1911 334 107 640 Mk. Die Vereinigten Staaten: 1901 330 248 920 Mk., 1911 531 689 820 Mk. Italien: 1901 96 253 230 Mk., 1911 107 574 900 Mk. Österreich: 1901 86 430 480 Mk., 1911 102 807 600 Mk.

An diesen Zahlen interessiert uns zunächst die Tatsache, daß sich die deutschen Flottenkosten mehr als verdoppelt in einer Zeit, in der die englischen nur um etwa ein Drittel stiegen. Wofür bleiben natürlich die deutschen Marineausgaben hinter den englischen weit zurück, sie betragen heute noch nicht die Hälfte von diesen, und haben keine Aussicht, aus diesem Verhältnis herauszukommen. England hält an dem „Zweimächte-Standard“ fest. Gäbe Deutschland für seine Flotte jährlich eine Milliarde aus — nun, dann würde eben der englische Marineetat zwei oder dreieinhalb Milliarden betragen.

Es ist einmal gesagt worden, daß der englische Marineetat im deutschen Reichstag gemacht wird. Das ist auch ganz richtig. Die Engländer haben sich darauf eingerichtet, denselben Betrag wie Deutschland für die Flotte auszugeben — multipliziert mit zwei!

Wenn aber der englische Marineetat im deutschen Reichstag gemacht wird, dann wird die englische Flottenpolitik der nächsten fünf Jahre bei den deutschen Reichstagswahlen gemacht werden. Von ihrem Ausfall und von der Gestaltung des künftigen Reichstags wird es abhängen, ob das tolle Betrübnis in dem bisherigen, vielleicht noch in verhängnisvollem Tempo weiterzuführen, oder ob es endlich gelinget, in Deutschland und damit zugleich auch in England dem Bahnsinn einige Schwertigkeiten zu bereiten.

Geht es nach dem Willen des Flottenvereins und seiner nationalliberalen Nachbeter, dann können wir in den nächsten Jahren Wunderbares erleben. Nach dem geltenden Flottengesetz sollen befristet bis 1912 ab bis 1917 zwei große Schiffe jährlich gebaut werden, der Etat würde dann nach vorläufigen Berechnungen wenigstens nicht mehr steigen, ja sogar etwas sinken, denn er würde betragen 1912 449 Millionen, 1913 430 Millionen, 1914 416 Millionen, 1915 401 Millionen, 1916 409 Millionen und 1917 417 Millionen Mark. Wahrscheinlich würden freilich auch bei Beibehaltung des Flottengesetzes die Ausgaben infolge des Steigens aller Kosten höher sein, als man jetzt annimmt. Den Flottenvereinsler und Nationalliberalen ist aber der Gedanke an ein solches Stehenbleiben unerträglich, sie verlangen, daß fast zwei Schiffe jährlich ihrer drei gebaut werden sollen. Das hält man im Lager des Flottenvereins noch für sehr mäßig und ruft so den Argwohn wach, daß die Forderungen der Herren noch ganz anders lauten könnten, wenn die Wahlen ein ihnen günstiges Resultat ergeben sollten.

Was aber wird die Folge davon sein, daß Deutschland jährlich drei große Schiffe baut? Es ist schon gesagt worden: England wird dann sehr bauen oder womöglich acht.

Selbst das jüngst verbreitete Flugblatt des Flottenvereins kann sich an dieser Tatsache nicht vorbeirücken. Es sagt: 1910 hatte Deutschland 5 starke Schiffe verwendungsbereit, England aber mehr als das Doppelte, nämlich 12. 1911 sind in England 8 weitere Schiffe fertig geworden, zusammen also 20, in Deutschland kommen 4 hinzu; es sind also zusammen 6 fertig; mithin wiederum noch nicht halb soviel als in England.

1912 ist das Verhältnis 27 englische, 13 deutsche. 1913: 32 englische und 17 deutsche.

Für die im Jahre 1916 fertig werdenden Schiffe hat Deutschland bereits 1911 seinen Etat aufgestellt, es baut weiter 4 große Schiffe; England hat noch bis 1912, ein halbes Jahr Zeit, um sich zu überlegen, wieviel Schiffe es bis 1914

fertigstellen will, weil er zu deren Vollendung nur zwei Jahre braucht.

Wir sehen, es bleibt immer das Verhältnis etwa 2:1.

Sehr richtig! Das Verhältnis bleibt immer zwei zu eins. Und es fragt sich nur, auf welcher Basis dieses Verhältnis fortgesetzt werden soll, ob beide Völker endlich einmal zur Ruhe kommen oder ob die tolle Rüstion immer weiter gehen soll, in der der Engländer für jede deutsche Million zwei Millionen, für jedes deutsche Schiff zwei englische Schiffe bietet.

Es ist die Volkskraft zwei der größten Nationen der Welt, es ist die Kraft von mehr als 100 Millionen Menschen, die hier kämpfweise verankert ist.

Nun könnte man allerdings sagen, in Seerriegen entscheidend mehr als in Landkriegen die Quantität, nicht die Quantität. Aber abgesehen davon, daß kein deutscher Seemann die quantitative Überlegenheit der englischen Flotte bestreitet, bleibt die zahlenmäßige Uebermacht Englands doch stets erdrückend. Und dazu kommt, daß Deutschland in einem Seerriegung auf sich allein angewiesen wäre, während England voraussetzungslos auch die nicht zu unterschätzende französische Macht als Bundesgenossin zugute käme. Das Verhältnis wäre dann nicht mehr 2:1, sondern beinahe schon 3:1!

Nur ein wirklicher Landesverräter, der die wahrheitsfeindliche Niederlage Deutschlands mit Wohlgefallen herbeiführen will, kann an einen Seerriegung mit den verblühten Schwächlingen denken. Die Gefahr eines solchen Krieges wird aber durch das fortgesetzte Rüstren, das wir sie gesehen haben, Deutschland nicht um die Ränge eines Niederlegers vor seinen Rivalen vorauszubringen kann, auf höchste gesteigert. In England sieht man in den fortgesetzten maritimen Anstrengungen Deutschlands eine Vorbereitung zum Krieg und eine unermessliche Notigung zu kaum mehr erträglichen Ausgaben. Ein Sieg der chauvinistischen Strömungen bei den deutschen Wahlen, die Aussicht auf einen hurrupatriotischen Reichstag, was insfolgedessen das Verhältnis zu England unnötig verschärfen, die weltpolitischen Gefahren steigern. Ein großer Erfolg der Sozialdemokratie würde aber in England wie in der ganzen Welt als sichere Friedensbürgschaft angesehen werden.

Darum ist es notwendig, für den Sieg der Sozialdemokratie im Interesse des Weltfriedens alle Kräfte einzusetzen und den gefährlichen Exzessieren des Flottenvereins und der Nationalliberalen mit schärfer Entschiedenheit entgegenzutreten. Mit dem verstorbenen Geheimrat v. Holstein, dem letzten deutschen Diplomaten, der als eine Autorität in der auswärtigen Politik galt, sagen wir:

Es kommt vor allem darauf an, die Lügenhaftigkeit des perfiden Sarges klar zu machen: „Jedes Schiff mehr ist eine Vermehrung der Macht des Deutschen Reiches“, wenn jedes Schiff mehr der Anlaß ist, daß — von Frankreich nicht zu reden — England zwei Schiffe mehr baut! Wie stellt sich da die Vermehrung der deutschen Macht? Einfaches Nachgegempel.

Der Geheimrat v. Holstein sagte auch:  
Wer heute gegen das herrschende Flottenfieber Front macht, der wird von allen Seiten als unpatriotisch angesehen.

„Wer“, so fügte er hinzu, „nach wenigen Jahren wird sich die Nichtigkeit meiner Ansicht herausstellen.“ — Heute ist die Nichtigkeit dieser von der Sozialdemokratie längst vor Herrn v. Holstein vertretenen Ansicht so klar geworden, daß sie auch ein Kinder mit beiden Händen greifen kann. Wägen uns die Flottenvereinsler und die nationalliberalen Rüstungsinteressenten also wiederum als waterlandische Gefellen verschleiern — das läßt uns kalt. Die Volksmassen sind heute nicht mehr so leicht zu betören. Die Reichstagswähler in den breitesten Massen wissen sehr wohl, daß es nur zwei Wege in der Rüstungspolitik gibt: entweder entscheidende Wachsgewinnung durch die Sozialdemokratie — und damit internationale Verständigung, Abklärung, Frieden! Oder aber: Fortbauern der Macht der Rüstungsinteressenten — und damit Verschleppung der unermesslichen Katastrophe.

Dem schaffenden Volke wird die Entscheidung leicht fallen.

3.11.11

## Der Krieg um Tripolis.

Auch heute fehlt noch immer eine wahrheitsgetreue, genaue Darstellung der letzten Kämpfe bei Tripolis und eine sichere Angabe der beiderseitigen Verluste. Während die türkischen Berichte an der Behauptung von der schweren Niederlage der italienischen Truppen festhalten und auch Einzelheiten über die Kämpfe bringen, wird von der italienischen Berichtserstattung das direkte Gegenteil behauptet. So hat die italienische Postgasse in Paris eine Erklärung erlassen, nach der die Italiener in allen Kämpfen, zu Wasser und zu Lande, ohne Ausnahme Sieger geblieben sind. Sie hätten Tripolis, Bengasi, Derna, Goms und Tobruk besetzt, indem sie den Feind schlugen und ihn zwangen, sich zurückzuziehen. Seitdem seien alle Angriffe des Feindes zurückgeschlagen worden, wobei ihm sehr schwere Verluste zugefügt worden seien. Die italienischen Truppen hätten zahlreiche Kanonen und zwei Bahnen erbeutet. Nach der Schlacht vom 20. habe kein Kampf mehr stattgefunden.

Damit vergleiche man die Zirkulardepeche, die das türkische Kriegsministerium an die Kommandanten sämtlicher Armeekorps richtete, und in der es heißt, daß die Italiener unterführten türkischen Truppen in drei Kolonnen einen Angriff auf die Italiener unternahmen. Zwei von den Italienern besetzte Posten wurden zurückeroberd und die osmanische Flotte zerstört. Die Italiener erlitten eine vollständige Niederlage und hatten große Verluste. Eine bedeutende Menge von Kriegsmaterial wurde von den türkischen Truppen erbeutet. Auch machten diese viele Gefangene. Die Italiener flüchteten in die Stadt. Der Kampfschnitt in der Postgasse heißt es in der Mitteilung, „wird es sich zu hoffen, daß die türkischen Truppen Tripolis demnächst wiederbesetzen.“ Der Osmanische Floch will sogar noch glaubwürdiger Stelle erfahren haben, daß die türkischen Truppen trotz der numerischen Ueberlegenheit der Italiener diese zurückwarren und nach erbittertem Straßenkampf in die Stadt Tripolis einbrangen.

Nach und nach hat Pascha erklärte im Fremdenverkehr, wo man ihn nach dem Umfang des türkischen Sieges fragte: „Unsere Flotte weht von fünf Kanonenbooten Tripolis. Unsere Tente haben in den Straßen von Tripolis einen gegen drei getöteten und haben eine moderne Armee mit ihren modernen Geschützen, ihren Maschinengewehren und ihren reichlich vollbesetzten Geschützen besetzt.“

Die amtliche Telegramme in Konstantinopel bekundeten, soll sogar

der italienische General Canova in Gefangenschaft geraten sein. In dem gleichen Telegramm wird gemeldet, daß die Türken und Araber sich bereits in den Besitz des größten Teiles der Stadt Tripolis gesetzt hätten und daß die Kapitulation der übrigen Teile bevorstehe.

Schuld an diesen widersprechenden Meldungen, wie an der unzuverlässigen Berichtserstattung vom Kriegsschauplatz überhaupt, trägt vor allem die von den Italienern geübte rigorose Depeschensensur. — Daß im übrigen die Lage der italienischen Operationsarmee nicht trotz all, beweist zur Genüge die Tatsache neuer Truppentransporte nach Tripolis; glaubte man anfänglich mit 50 000 Mann Truppen den Türken das Land abjagen zu können, so werden dazu jetzt schwerlich 100 000 Mann ausreichen. Auch wenn sie die bereinigten Türken und Araber — die imbrange sein sollen — ein geschultes Kampfbewußtsein von 150 000 Soldaten zu stellen — ins Innere von Tripolis zurückzuziehen sollten, so sind die Italiener damit noch lange nicht im Besitz des Landes, und mit der „Annektion“ hat es noch gute Weile.

### Ein neuer Kampf bei Tripolis?

London, 1. November. Der Exchange Telegraph Company wird heute früh um 1/2 Uhr aus Tripolis telegraphisch: „Gestern hat ein dreistündiger erbitterter Kampf stattgefunden. Die Italiener eroberten zwei türkische Feldgeschütze beim englischen Kirchhof. Ein italienisches Kanonenboot bombardierte die Türken während des Gefechts. Eine türkische Granate ging in der Stadt nieder. Täglich treffen neue italienische Truppen ein.“

Konstantinopel, 1. November. Oberst Reichert bei notifizierten dem Kommandanten der italienischen Flotte vor Tripolis, daß er für das Schiff der mehreren tausend Gefangenen Soldaten keine Verantwortung übernehmen, falls die italienische Flotte abermals die Stadt Tripolis bombardiert.

### Die Türken vor Bengasi.

Konstantinopel, 1. November. Meldungen aus Bengasi zufolge sind die verlaufenden Kämpfe unter Führung türkischer Meeresoffiziere mit großen Vorzügen an Munition und Lebensmitteln vor Bengasi eingetrossen, wo sie die türkischen Truppen verläßt haben. Ihre Ankunft verursachte unter den türkischen Soldaten und Arabern große Freudenkundgebungen.

Konstantinopel, 2. Nov. Nach verlässlichen Informationen war am 30. Oktober die Lage bei Tripolis folgende:





Ergebnis werden die Karrieren nach wie vor für Aufsteiger-erhaltung der Grenzsperr einziehen. — Natürlich im eigenen Interesse.

**Bürgerausführungen in Mannheim.** Am 31. Oktober ging in Mannheim die Bürgerausführung zur zweiten Klasse vor sich. Die in dieser Klasse zu vergebenden 32 Sitze waren bisher im Besitz der Liberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei, von denen diesmal zwölf Sitze an die Sozialdemokratie abtreten werden mussten. Andere Partei hat bekanntlich durch Einführung des Verhältniswahlsystems bei der am 15. Oktober stattgefundenen Wahl zur dritten Klasse von ihrem 38 teiligen Eigen sechs an das Bürgerium abtreten müssen, so daß sie nun einen Gewinn von sechs Mandaten buchen kann. Die Verteilung der Mandate der zweiten Klasse ist folgende: Sozialdemokratische Partei 12 (61% Stimmen), Liberale 8 (18%), Fortschrittliche Volkspartei 6 (14%) und Zentrum 4 (10% Stimmen). Eine Sondergruppe bürgerlicher Wähler brachte es mit 530 Stimmen auf 2 Mandate.

**Wann wird am meisten geschwinde?** Schweinburg, der bekannte Sozialist, gibt in der Nummer vom Dienstag (siehe Berl. Vol. Nachr. Bismarcks Ausspruch: „Niemals wird so viel gelernt, als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd.“) gegen den Wahlkampf der Freisinnigen. In derselben Nummer aber äußert er in bekannter Manier wieder die Sozialdemokratie an und sagt: „Gesehe gegen die Sozialdemokratie so wie nicht „Angebot“, sondern es handelt sich dabei „genau so wie bei den Strafbestimmungen gegen Diebe“ und Landesverrat lebendig darum, Staat und Volk vor Verführung zu bewahren, die darauf abzielen, beide durch Maßnahmen zu verarmlichen.“ — Schweinburg ist ein gelehriger Schüler Bismarcks.

**Frankreich.**

**Die Schamerei in der Marine.** Der mit der Aufstellung der Rikie der bei der Katastrophe der Liberté zu dem Leben gekommenen Mannschaftheutwarte Gendarmemajor Mevoui überreichte dem Seepfeifen von Toulon einen Bericht, in dem er erklärt, daß es unmöglich sei, die Namen aller Opfer festzustellen, da die Mannschaftheutwarte der Liberté sehr mangelhaft geführt worden sei. Auf der Mannschaftheutwarte der Liberté fanden sich beispielsweise 4 Offiziere und 33 Mann, die längst nicht mehr der Besatzung angehört, andere dagegen, die kontrolliert hätten sein müssen, waren nicht eingetragen. Eine Person wurde fast zwei Jahren in den Listen der Liberté geführt, ohne überhaupt jemals an Bord des Wagners gewesen zu sein. Das aus Anlaß der Katastrophe eingeleitete Seefriedericht, vor dem Kapitän Kaurès und drei andere Offiziere erscheinen werden, dürfte erst in einem Monat zusammenzutreten, da die im Auftrage des Marineministers eingeleitete Untersuchung, durch die ermittelt werden soll, ob die Offiziere vor der Beurteilung oder während des Dienstes ein durchaus vorchriftsmäßiges Verhalten beobachtet haben, vornehmlich noch längere Zeit in Anspruch nimmt.

**Klassenjustiz.** Das Schwurgericht in Quimper verurteilte den Generalretter des Bombardierstandes im Departement Finistère, Roullier, wegen Anstiftung zum Diebstahl, (1) Aufreißung von Soldaten zum Ungehorsam und Preisgebung von Beamten zu drei Jahren Gefängnis und 1000 Franc Geldstrafe. Roullier soll die angeklagten Straftaten, wegen deren die französische Klassenjustiz eine so unerhörte Strafe über ihn verhängte, zur Zeit der Leuzerungsbedingungen begangen haben.

**Bulgarien.**

**Eine vertrauenswürdige Stadterhaltung.** Wie erst jetzt bekannt wird, ist der gesamte Stadtrat von Sofia wegen Interdiktionen vom Amte suspendiert worden. Der Bürgermeister und die Stadträte gehören der demokratisch-gesunden Regierungspartei an, welche die stambulowistischen Minister wegen Unterdrückung von Staatsgebern angeklagt hat. Interessant ist auch, daß wegen Unterdrückung amtlicher Gelder auch Dr. Pamitow angeklagt ist, der in der parlamentarischen Anklage gegen die Stambulowischen Mägen war.

**Aus der Partei.**

**Demonstriert gegen den Krieg!**

Das Internationale Sozialistische Bureau erläßt jedoch einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in dem energisch gegen den schmachvollen Raubzug Italiens nach Tripolis protestiert wird und die Arbeiter aufgefordert werden, in allen größeren europäischen Städten Protestkundgebungen gegen den blutigen Krieg zu veranstalten. Wir werden den Aufruf in der nächsten Ausgabe vollständig veröffentlichen.

**Sozialdemokratische Kolonialfreunde?**

Auf dem soeben abgehaltenen westfälischen Provinzialparteiabend führte nach dem Bericht der Dortmunder Arbeiter-Zeitung in seinem Referat über die Reichstagswahlen der Abgeordnete Hue aus: Unter Berufung nicht auf Maxentwender oder Sibens

Brand, sondern auf Schell, kann ich sagen, daß wir Sozialdemokraten keine Kolonialpolitik wollen. Wir wollen die Kolonialpolitik nicht. Wir wollen es durchaus für notwendig, daß für die Industrie neue Absatzmärkte und neue Rohstoffquellen erschlossen und die zurückgebliebenen Gebiete an die allgemeine Kultur angegliedert werden müssen. Aber wir sind nicht Gegner einer Kolonialpolitik im Geiste eines Peters. Diese haben wir keine Kollegen in unserer Reichspartei, aber wir haben sie in den Kolonien. In den Kolonien, in denen für viele Millionen unser Volk Vertrieben worden sind, aufzugeben. Eine Kolonialpolitik, die sich als Kulturbroughter darstellt, werden wir — wie schon Bebel ausgeführt hat — stets unterstützen. Diese Feststellung ist notwendig, weil die Gegner im nächsten Wahlkampf wieder behaupten werden, daß wir grundsätzliche Gegner aller kolonialen Verordnungen seien. Wir sind deshalb auch in der Parteifrage der Meinung, daß wir uns in Braxels das Recht der offenen Tür, der freien Niederlegung und die Gleichberechtigung im Handel sichern müssen. Das ist eine Notwendigkeit, die im Interesse unserer Industrie liegt. Aber wir sind gegen eine militärische Befehung, die nur ungeheurer Kosten verurachten und uns in kriegerische Verwicklungen stürzen würde.

Wir zweifeln nicht, daß Genosse Bebel, aber auch die Reichsorganisation zu diesen notwendigen Ausführungen Quos, der sich auf sie beruft, Erklärungen abgegeben werden. Aber das kann schon jetzt gesagt werden: Hier zeigt sich deutlich, wie notwendig es geworden wäre, daß der Parteitag durch Annahme des Amendements Luxemburg-Belien-Buch alle Zweifel über die prinzipielle Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik beseitigt hätte. Erklärungsweise wurde es der Mitte des Provinzialparteiabends heraus für Protest gegen Quos Auffassung erhoben. So erklärte Westers: „Wohin: Kolonialpolitik, wie sie heute getrieben wird, ist eben nichts anderes als kapitalistische Politik. Es spielt weder für die Industrie noch für die Arbeiter gar keine Rolle, ob irgendwelche Kolonien im Besitze von deutschen, französischen oder sonstigen Vorkolonien sind. Es sieht auch Länder mit großem Kolonialbesitz, wie z. B. die Niederlande, wo die Arbeiter sich schlechter stellen als die deutschen Arbeiter. Was die Frage der Arbeitervermehrung für die Industrie betrifft, so interessiert uns diese durchaus nicht, dagegen kann und die Gleichberechtigung des Handels und der Industrie in den Kolonien natürlich nicht gleichgültig sein. Die Mächte der deutschen Industrie beruht auf der Konsumkraft des Inlandes.“

Nach der Delegation Schödel wendete sich entschieden gegen Quos Ausführungen zur Kolonialpolitik.

**Die Sittlichkeit ist getrotzt.**

Wegen sogenannter „Verbreitung unzüchtiger Schriften“ wurde in Stuttgart der verantwortliche Redakteur des Wahren Jakob, Genosse F. Schumann von den Gewerksamen zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 600 Mark Strafe beantragt. Die Öffentlichkeit war während der Verhandlung unzufrieden. Die Angeklagten sind um Abmildung in der mehr als Jahresfrist erschienenen Ratkolonnennummer, in der zwei geistliche Sittlichkeitsbeobachter an den Pranger gestellt wurden.

**Wohltätig vor dem Landgericht in Stade.**

Die Strafkammer in Stade verhandelte am Mittwoch gegen den verantwortlichen Herausgeber der Arbeiterpartei, Genossen Schuber, mit dem Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow „beleidigt“ haben soll. Schuber hatte, wie alle sozialdemokratischen Mänter die Rede Jagows kritisiert, die der Polizeipräsident vor seinen Schülern hielt und in der er im Gegenfatz zu den gerichtlichen Feststellungen über Wohltätig sagte: der Ehrenfriede der Polizei ist rein. Interessant ist, daß sich Herr Jagow für seine Klage kein anderes Wort aussuchte als das Parburger und gerade nach Stade vor Gericht ging.

Jagow war zu der Verhandlung nicht erschienen; der Staatsanwalt hatte ihn nicht geladen. Er kam deshalb von Eintritt in die Verhandlung zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und der Verteidigung. Der Erste Staatsanwalt erklärte, er habe die Ladung nicht ergehen lassen, weil das Ministerium seine Einwilligung zu der Vernehmung Jagows nicht gegeben habe? (1) Der Vorsitzende stellt darauf fest, daß er die Ladung des Polizeipräsidenten Jagow angeordnet habe. Er halte es für erforderlich, daß Jagow antwortet über den Inhalt seiner Rede. Der Vertreter des Rechtsanwalts, Rechtsanwalt Schmidt-Ende erklärte im Namen seines Auftraggebers, dieser müsse nicht, weil die Rede in der Presse, auch in der Arbeiter-Zeitung, Dr. v. Herzog-Litona brachte sein äußerstes Versehen darüber aus, daß der Staatsanwalt die Anordnung des Gerichts auf Ladung Jagows ignoriert habe. Der Staatsanwalt sei in diesem Falle nicht weiter als auszuführen Organ, er habe nur die Funktionen eines Boten und habe unzulässig in die Rechte des Vorsitzenden eingegriffen. Jagow solle gar nicht über Antaeigeminie vernommen werden.

den. Der Angeklagte habe ein Recht darauf, daß Jagow antworten müsse, daß er sich in Stadien, bei welchen Gegenfatz zu den Feststellungen des Gerichts geäußert habe. Dann dürfte der Angeklagte auch harte Ausdrücke gebrauchen und mit Spott gegen Jagow vorgehen. — Mit Rücksicht auf die erschienenen Zeugen soll sein Antrag auf Vertagung gestellt werden.

Das Gericht beschloß nach kurzer Beratung, in die Verhandlung einzutreten. Es war der Meinung, daß der Staatsanwalt nicht gefällig gemacht hat, als er die Vertagung des Vorsitzenden nicht ausführte. Er hätte mindestens rechtzeitige Mitteilung machen müssen, daß vom Ministerium die Genehmigung zur Vernehmung nicht erteilt sei. Die Erklärungen des Rechtsanwalts seien völlig belanglos.

**Die chinesische Revolution.**

**Das kaiserliche Edikt.**

Unschick nach der Ägense der letzten Orient folgende Punkte: 1. Am 1. März für alle zu verteilten Revolutionen nache 1. März 1898. Also sind es in China, der geistliche Führer der Revolution, und seine Freunde begnadigt. Die Begnadigung trifft alle, die bei den Revolutionen von Santsu im Jahre 1900 und den anderen Revolutionen seit 10 Jahren beteiligt gewesen sind. 2. Ein Gesetz wird erlassen, das die persönliche Freiheit und den Besitz schützt, so daß niemand ohne gerichtliches Verfahren verhaftet werden kann. 3. Ein neues Kabinett wird berufen, an dem keines der Mitglieder der kaiserlichen Familie teilnehmen darf. Quantzial wurde zum Chef des neuen Kabinetts berufen. Für den Posten des Premierministers kommt vorläufig einer der gegenwärtigen Vizepräsidenten, Ratung oder Hüschling in Frage, und zwar als Vizepräsident für Quantzial, solange dieser noch durch seine Aufgabe, die Rebellen niederzuhalten, von der Hauptstadt fern bleibt. Vor Verhütung der Wiedereingliederung von Santsu hat sich aus Votablen der Stadt ein Ordnungsausschuß gebildet, daß zwischen den kaiserlichen und revolutionären Truppen vermittelt, vorläufig in der Absicht Forderungen zu berücksichtigen. — Aber die Situation in Santsu

wird dem New-York Herald aus Peking gemeldet, daß sie ganz „unentwirrbar“ geworden sei. Die Revolutionäre hätten ihren Eifer gemäßig, weil sie fürchten, daß die Mandchus durch die Wandschuks gestört werden könnte. Eine bedeutende Liga zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ hat sich gebildet und setzt sich aus den herorragendsten Persönlichkeiten der kaufmännischen Welt zusammen. Sie bietet allen Einflus, auf um beide Parteien daran zu verhindern, eine Katastrophe herbeizuführen. Diese Mitglieder der Liga haben den Mandchus versprochen, daß sie in Santsu bleiben könnten, wenn sie ihre Waffen abgeben würden. Die Mandchus ihrerseits haben aber kein Zutreten zu dem Versprechen der Chinesen und weigerten sich, ihre Waffen abzugeben. Sie besitzen ungefähr 300 Gewehre neuesten Modells und haben die Mauer der inneren Stadt durch Schnellfeuerkanonen nach dem System von Krupp ausgestattet. Sie erklären, daß sie lieber die Stadt Santsu in Stücke schießen würden, bevor sie sich ohne Verteidigung massakrieren ließen. Sechs Mandchubefehlshaber hatten gestern eine Konferenz mit den Mitgliedern der Liga zur Aufrechterhaltung der Ordnung, ohne daß es jedoch zu einem Resultat bei dieser Besprechung kam. Das Sternennonnen, das von einigen kaiserlichen Republikanern bereits geflohen worden war, ist auf Befehl des Eigentümers wieder eingezogen worden. Eine Anzahl Verhaftungen wurden vorgenommen.

**Wasserkände.**

(+ bedeutet über, — mit Ann.)

Ort	Enale und Naturst.	1. Nov.	0,18	0,18	0,18
Arten, Brückenweg.	31. Okt.	+0,18	+0,18	—	—
Neuba, Oberpegel.	—	+1,84	+1,84	—	—
Unterepegel.	—	+1,24	+1,22	0,02	—
Weisenfels, Oberpegel.	—	+0,22	+0,26	0,04	—
Untern.	—	+0,52	+0,60	0,08	—
Trotla.	—	+1,10	+1,16	—	0,06
Alsteden, Oberpegel.	—	+2,18	+2,16	0,02	—
Unterepegel.	—	+0,47	+0,48	—	0,01
Wernbun.	—	+0,98	+0,96	0,02	—
Kalbe, Oberpegel.	—	+1,27	+1,29	0,02	—
Unterepegel.	—	+0,44	+0,56	0,12	—

**Gib.**

Dresden.	31. Okt.	-2,08	1. Nov.	-2,11	0,03	—
Lergau.	—	-0,33	—	-0,31	—	0,02
Wittenberg.	—	+0,58	—	+0,59	—	0,01
Wöslau.	—	-0,06	—	-0,06	—	—
Worb.	—	+0,06	—	+0,04	0,02	—
Wagberg.	—	+0,16	—	+0,12	0,04	—

Verantwortlich für Zeitungsart, Politische Ueberficht, Parteimeldungen Paul Hennig, Ausland, Gemeindefachliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles und Versammlungsberichte Gottl Kasperel, sämtlich in Halle.

**Lebensmittel**

Freitag — Sonnabend

**Nussbaum**

Schinkenpek	Stund 95	Kondens. Milch	Dote 46	Faden-Audeln	1/2 Stund 14	Anchovis	Glas 25
Rauchfleisch	Stund 78	Erbswurst	3er 25	Hausw.-Audeln	1/2 Stund 14	Russ. Sardinien	Glas 25
Fetter Speck	Stund 63	Tea	3 Raf. 25	Kochstärke	Stund 20	Neue Zwiebeln	Stund 12
Kl. Landschinken	Stund 1 <sup>15</sup>	Erbsen	Stund 18	Weichsoda	2 Raf. 15	Feigen	Stund 28
Knackwurst	Stund 73	Linsen	Stund 22 18	Puddingpulver	5 Raf. 20	Almer.-Weintraub.	Stb. 33
<b>Mettwurst</b>	<b>95</b>	<b>Kakao</b>	<b>60</b>	<b>Frischen Ananas</b>	<b>80</b>	<b>Zitronen</b>	<b>10</b>
Schinkenwurst	Stund 98	Gries	Stund 18	Rote Grütze	4 Raf. 18	Macaroni	1/2 Stb. + Rafet 16
Cervelatwurst	Stund 1 <sup>20</sup>	Gruppen	Stund 15	Oelsardinien	Dote 35	Pralinée	1/2 Stund 25
Land-Leberwurst	Stund 50	Kafer-Kakao	1/2 Stund 25	Bismarckheringe	Dote 40	Malz-Bonbon	1/2 Stb. 12
Rotwurst	Stund 50	Kaferflocken	Stund 22	Drathheringe	Dote 45	Gem. Konfekt	3/4 Stb. 9
Feinst. Bienen-Honig	Stund 85	Gerstenflocken	Stund 26	Rering in Gelée	Dote 25	Gem. Bonbon	1/4 Stund 8



# NUSSBAUM'S

## WOCHEN



beginnt Sonnabend den 4. Novbr. morgens 8 Uhr

... Glänzendste Kaufgelegenheit für den Weihnachts-Bedarf. ...

Besichtigen Sie unsere Fenster.

Besichtigen Sie unsere Fenster.

### Achtung! Wallwitz, Umgegend, Achtung!

Sonntag den 5. November nachm. 8 Uhr auf dem Grundstück des Herrn Karl Weickardt in Morkowitz 27:

## Oeffentliche Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Der Aufmarsch der Parteien zum Reichstags-Wahlkampf.  
Referent: Reichstags-Abgeordneter Fritz Kunert-Berlin.

Freie Diskussion.

Freie Diskussion.

Einem recht zahlreichen Besuche der Einwohner der umliegenden Ortschaften sieht entgegen

Der Einberufer.

### Zentr. Verb. d. Zimmerer, Halle u. Umg.

Sonabend den 4. November 1911 abends 8 Uhr im Volkspark, Burgstraße:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Überlegung dem 2. Quartal.
  2. Verbands-Angelegenheiten.
- Kollegen! Die wichtige Verbands-Angelegenheiten zu regeln, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Der Vorstand.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein Halle a. S. u. Umgegend.

(Mitgl. d. Arb.-Abf. u. Solidarität.)

Freitag den 3. November abends 8 1/2 Uhr im „Volkspark“

## General-Versammlung.

Hierzu sind sämtliche Abteilungen eingeladen. Vollständiges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

## Eilenburg.

Sonabend den 4. November:

### Wahlvereins-Versammlung.

Tagesordnung: Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie.  
Montag Zusammenkunft im Tivoli.  
abend:

## Dieskau.

Sonabend den 4. November:

Einweihung meiner neu renovierten Lokalitäten verbunden mit **Nacht-Schlachtfest.**  
Sonntag d. 5. November: Grosses Preisschloßen.  
Hierzu ladet freundlichst ein

Max Friess.

## Kaufen Sie bei Butter-Ebel,

Rathausstr. 16. Fernspr. 3712.

Gute freundliche Bedienung.  
Reelles Gewicht.

Sämtliche Bartelfschriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. J. G. n. z. - Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Druckerei. (G. G. u. M. D.) - Verleger: born. H. v. G. r. o. k. t. z. S. S. S. S. - Emil. I. S. S. S. S.

### Achtung! Achtung!

## Carl Jung

Nachf.

Gr. Klausstr. 37

offert den beliebten Wauherer feine besten Qualitäts-Zigarren:

100 Stück Sumatra 2 10  
Probe: 10 Stk. 25 Pf.

100 Stück Vorstenland 3 30  
Probe: 10 Stk. 35 Pf.

100 Stück Mexicano 4 00  
Probe: 10 Stk. 45 Pf.

Adler-Zigarre 3 60  
Probe: 10 Stk. 40 Pf.

Industrial, hochf. 7er 4 90  
ff. Sumatra 4  
Probe: 10 Stk. 55 Pf.

Ilse 3 20  
100 Stück Markt  
Probe: 10 Stk. 35 Pf.

Für Kenner 3 60  
100 Stück Markt  
Probe: 10 Stk. 40 Pf.

Kaiser Wilhelm, 4 20  
hochf. 6er Big., 100 Stk. 20 Pf.  
Probe: 10 Stk. 48 Pf.

Anita 3 00  
100 Stück Markt  
Probe: 10 Stk. 35 Pf.

Gloria, feinste Sumatra-Zigarre, 4 10  
100 Stück Markt  
Probe: 10 Stk. 45 Pf.

Morillo, feinste 6er Zigarre, 3 90  
100 Stück Markt  
Probe: 10 Stk. 45 Pf.

Für Wieder-Verkäufer denkbar günstig Gelegenheitskäufe.

Jasmatazi 1-4, Jasmatazi Söhne, Herzog v. Burgund, Salem Alchim, Joselli, Reunion und andere beliebte Zigaretten-Marken zu Engros-Preisen.

H. Jung's Spezialität, für Wieder-Verkäufer billige Zigarette in Gold- und Papp-Mundstück.

Diese Angebote können den bescheidensten Käufer, trotz der billigen Preise, zufrieden stellen.

## Aepfel

in großer Auswahl (Aepfel und Kuchenäpfel) à 1 Pfund von 10 Pf. an.

Benutzerfr. G. alte Brunnenstraße.

Wohnungs-Anzeigen  
H. Haldenre Gemälde in 6 Sorten, fruchtig, 30 & 7.50 M. geacht, neu gefüllt u. repar. Nachh. Fr. Peter, Bürgburg. Insekten, Geruchfr. 2. 1/2 St. \*



**Kolossal billig!**  
Seelachs ohne Kopf 25 Pf.  
Goldbarsch 25 Pf.  
Bratschellfisch 25 Pf.  
Karbonaden 40 Pf.  
Sprottbücklinge 75 Pf.  
die 4-Pfund-Kiste nur

## Tatsachen

Sollen Ihnen beweisen, mit welchen spottbilligen Preisen ich meine Waren verkaufe.

- Empfehle in reichlicher Auswahl nur Neuesten der Gattungen:
- Herren-Paletots in soliden, gebie. Stoffen 16 14 12 10 00
  - Herren-Ülster in hochgelegenen Farben, ein- und zweifach, Halsansatz 20 16 13 00
  - Herren-Anzüge in modernsten Stoffen und gleichen Fassons 16 12 00
  - Herren-Pelerinen in altem u. Strichstoffen, alle Dessins 10 8 00
  - Rock-Anzüge in hochfeinen, aperten Stoffen, ein- u. zweifach 24 20 16 00
  - Herren-Hosen enger u. weiter Schnitt 6 4 2 00
  - Herren-Joppen in Loben (siehe Jantseffstoff), warm gefüttert 8 4 00

Sämtliche Artikel für Bursehen u. Knaben in vielfacher Auswahl am Lager.

## Berufs-Kleidung

führe ich jetzt in bedeutend größerer Auswahl, um darin allen Wünschen gerecht zu werden. ...  
Keller Bedienung. 5% Rabatt. Billige feste Preise.

## Gustav Reinsch,

Markt 25. Im roten Turm. Markt 25.

### Achtung!

Vom 1. bis 10. November zu bedeutend herabgesetzten Preisen:

Moderne Damentaschen  
Haltbare Portemonnaies  
Dauerhafte Hosenträger

Ausserdem: Reise-Koffer  
Taschen.  
10% herabgesetzt und 5% Rabattmarken.

## Heinr. Krasemann.

Nur in der Schmeerstr. 10.

Zur Anfertigung solcher Herren-Garderobe nach Maß empfiehlt sich

## Otto Bartelt, Hallorenstr. 1c, l. l.

Grosses Lager deutscher und englischer Stoffe.



## Zur Stadtverordnetenwahl.

### Auf zu den Volksversammlungen!

In letzter Stunde fordern wir die Genossen und Genossinnen nachmals dringend auf, sozwecklich die öffentlichen Versammlungen zu besuchen, die heute abend im Volkshaus, Glanacher Schützenhaus, Kletter Dreier und Trosther Schützenhaus stattfinden. Als Referenten werden die Genossen Wittich-Beipzig, Grauer-Berlin, Wittenberg und Kirsch-Galle erscheinen. Genossenschaftswahlberechtigt alle Bevölkerungsteile. Ergibt nun durch Masseneinsatz der Versammlungen dafür, daß eine feilsche Siegestimmung alles mit sich fortsetzt!

### Drittstellige Wähler! Führt die Versammlungen!

### Wählerarten.

Die Legitimationskarten zur Stadtverordnetenwahl sind gut auszubewahren. Wer seine Karte verlegt oder verloren hat, tut gut, möglichst sofort zum Wahlbureau, Rathausstraße 19, II, zu gehen und dort Nachsicht eines Duplikats zu beantragen. Außerdem müssen die Wahlberechtigten, die überhaupt noch keine Karte erhalten haben, sofort zum Wahlbureau gehen und dort um Nachsicht ihrer Karte nachsuchen. Legitimation ist mitzubringen.

### Woher das Geld nehmen?

Einer der Hauptwände, die die Gegner gegen unsere kommunalen Forderungen erheben, wenn ihnen keine andere Karte mehr bleibt, ist der, daß sie lamentieren fragen, wo sollen wir das Geld her nehmen, um die Erfüllung aller sozialdemokratischen Wünsche zu bewerkstelligen? Dieses Geschrei ist vor allem erst einmal eine maßlose Ueberschätzung. Es ist noch nirgends eine Stadt oder Gemeinde durch die Erfüllung unserer Forderungen in finanzielle Bedrängnis gekommen. Die dringlichsten Aufgaben, die die Städte im Interesse der Arbeiterbevölkerung zu erfüllen haben, verursachen eben gar nicht so bedeutende Kosten, wie man uns glauben machen will. Bei guten Willen können zahlreiche Forderungen und Anträge der Sozialdemokratie durchgeführt werden, ohne einen Pfennig zu kosten. Für Halle ist das besonders wichtig die Erhaltung der Bewegungsfreiheit für die Arbeiterkraft als Einzelne und als Organisationen, Nachsichtliche Verbesserungen des Bahnbahns für die Stadtverordnetenwahlen sind möglich, die Anerkennung voller Koalitionsfreiheit und die Einsetzung von Arbeiterschüssen für fähigste Arbeiter, die Befreiung der Streiklaufel und Aufnahme der Bedingung auf Forderung von Tarifhöhen in städtischen Mietverträgen. Vergabe städtischer Einrichtungen, wie Theater, Turnhallen, Schwimmbäder und Spielplätze auch an die Arbeitervereine, und schließlich noch ein soziales Wohnhauswesen, das die Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung befriedigen kann. Gewichte man der Arbeiterkraft sozusammen nur die volle gesetzliche Bewegungsfreiheit, so wäre ihr damit für Rängen um bessere und gesündere Lebensbedingungen so wesentlich erleichtert, daß die Stadt nicht um eine Verminderung der Armut, sondern auch erhöhte Steuereinnahmen von den Arbeitern und den Gewerbetreibenden und Geschäftslenten haben würde.

Wer daß die Stadt diese kostenfreien Weg zur Hebung der Lage der Arbeiter nicht beschließt, zeigt, daß die Stadtverwaltung diese Verbesserung der Arbeiter nicht im Auge hat, wie wir es bereits schon daran, so würde die eigene städtische Regie beim Häuserbau, bei der Pfeils-, Brot- und Milchherstellung und dem Arbeiterbetrieb ebenfalls so durchzuführen sein, daß sie der Stadtverwaltung wie der Bevölkerung finanziell zum Segen gereiche.

Da wir Sozialdemokraten aber am Ende stehen, daß wir im allgemeinen Interesse für das Schul- und das Gesundheitswesen Forderungen stellen, die größere Geldkosten verursachen, so zeigen wir den Gemeinden, die diese Lasten heute nicht tragen können, den Weg zur Selbstschaffung. Unsere Berliner Forderungen haben diesen unfernen Vorschlag bereits in die Praxis umgesetzt. In der letzten Berliner Stadtverordnetenwahl hatte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

Den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung und den gelegentlichen Körperschaften vorzutreten zu werden, das Kommunalabgabengesetz dahin abzuändern, daß den Gemeinden gestattet wird:

1. die Einkommen bis 1500 M. steuerfrei zu lassen;
2. progressive Zuschläge zur haushaltlichen Einkommensteuer für Einkommen von 3000 M. an;
3. progressive Zuschläge zur haushaltlichen Ertragssteuer für Vermögen von 20 000 M. an zu erheben.

In der Begründung des Antrages wurde zunächst für die Steuerfreiheit der niedrigen Einkommen auf die chronische Steuerprogression hingewiesen, und dann prinzipiell ausgeführt: Das Kommunalabgabengesetz schränkt die Erhebung gleichmäßiger Zuschläge zu den Staatssteuereinkommen vor. Damit wird ein sozialer Ausgleich, tatsächlich aber ungetrochtes Vorgehen erzwungen, da dieselben Steuerhöhe genommen werden müssen, gleichviel, ob sie ein hohes oder ein niedriges Einkommen treffen. Dasselbe ungetrochene Verhältnis liegt bei der Ertragssteuer vor. Das Vermögen ist in menschengewöhnlichen; eine kleine Schicht der Bevölkerung, nicht viel über 1 Prozent, etwa 420 000 Einwohner, haben 5 Millionen und einen Vermögenszuwachs von drei zu drei Jahren von 8-10 Millionen.

Dieser Zuwachs des sogenannten Nationalvermögens liegt also in die Händen einer kleinen Schicht. Es ist richtig; der Wohlstand Deutschlands ist erheblich gestiegen, aber das ist nur dieser kleinen Schicht zugute gekommen. Der Anteil an der Steigerung des Vermögens ist für die Reichen ganz erheblich höher als derjenige der niedriger eingeschichteten Klassen. Wenn andererseits die Finanzlage der Städte die Erfüllung der Ansprüche in kultureller Beziehung immer schwieriger macht, ja erscheint es angezeigt, den Weg, den die Erhebung verschlossen hat, öffnen zu lassen. Die anderen Wege, die das Kommunalabgabengesetz offen läßt, Dinge wie die Aufhebung der Steuer, sind aber effektive Mittel, die nicht so leicht, als daß wir uns darauf einlassen könnten.

Wir wollen also, daß beim Landtage darnach petitioniert wird, daß die Möglichkeit gesetzgebend geschaffen wird, die Einkommen bis zu 1500 M. frei zu lassen. Wir halten dieses Einkommensminimum für ein schon sehr niedrig gegriffenes; der preussische Landtag hat ja freilich schon die Einkommen von 1500 M. an mit Zuschlag befreit, um den Beamten Besoldungsverhältnissen zum Ausdruck zu bringen. Um den Anfall zu decken, haben wir die progressiven Zuschläge für Einkommen von 3000 M. an vorgeschlagen, ebenso die gleiche Befreiung für Vermögen von 20 000 M. an. Damit könnten eventuell diese Millionen gewonnen werden. Wir glauben, ein wenig progressiv bei der Vermögenssteuer vorzugehen, wird die Regierung gestatten, weil sie im Reichstage erklären ließ, man könne von Reichstagen nicht darauf eingehen, daß müsse den Einzelstaaten und Gemeinden überlassen bleiben. Es liegt, auch wenn zunächst ein solcher Antrag abgelehnt werden sollte, ein guter, fester Boden darin, und der wird sich Bahn brechen. Die ersten Anträge der Vermögenssteuer unter Reichsmaßstab wurden als Vermögenskonfiskation bezeichnet, und jetzt hat man sich überall damit abgefunden. Der Grundsatz der Gerechtigkeit wird doch auch in der Besteuerung durchzuführen werden: wer nicht das Einkommensminimum hat, soll nicht noch mit Steuern belastet werden, und bei der Besteuerung nicht nach Maßgabe der Steuerkraft gegangen werden, die ausgedrückt wird durch die Größe des Vermögens und gleichzeitig durch die Größe des Einkommens.

Die sozialdemokratische Antrag hat nach dieser Begründung sowohl beim Berliner Oberbürgermeister, wie bei den Preisführern einen gewissen Anklang gefunden. Wird er mit Unterstützung anderer preussischer Städte durchgeführt, so fehlt's nicht mehr an Geld in den Gemeinden.

### Was muß der Stadtverordnetenwähler wollen?

Am 6., 7. und 8. November, also Montag, Dienstag und Mittwoch kommenden Woche, wird in Halle die diesjährige Stadtverordnetenwahl für die dritte Abteilung vollzogen. Nur ein Drittel der auf die Abteilung entfallenden Stadtverordneten sind zu wählen, und zwar neun für die Altstadt und zwei für die Vororte, die nach dem Jahre 1911 für sich wählen. Die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten, die auf sechs Jahre gewählt werden müssen, sind folgende:

Wolff Albrecht, Reichstagsabgeordneter,  
Waldemar Wittenberg, Arbeitersekretär,  
Karl Gröbel, Metallarbeiter,  
Paul Neumann, Parteisekretär,  
Gustav Kappfeller, Baumunternehmer,  
Sermann Schabe, Klempnermeister;

auf vier Jahre:  
Gustav Wendorf, Buchbinder,  
Franz Peters, Kaufmann;

auf zwei Jahre:  
Wago Haase, Gastwirt;  
für die Vororte auf sechs Jahre zu wählen:  
Friedrich Gerner, Gastwirt,  
Ernst Weige, Geschäftsführer.

Wie bekannt, hat ein Quäntlein „Erfülltauglicher“ gegenüber dem Wähler dritter Klasse ein mehr als hundertfach größeres Wahlrecht. Um so vorzichtiger haben die Wähler der dritten Abteilung zu prüfen.

Unter dem Dreiklassenystem mit seinen schmachvollen Geldsachverrechten sind zwei Drittel aller Stadtverordnetenmandate dem Kommunalfreiwahlrecht überlassen, da sollte wenigstens in der

dritten Klasse jeder Wähler einstimig genug sein.

Wir für die Sozialdemokratie zu stimmen, die in der Gemeindeverwaltung Halles der Wirtschaft des Rathausfreiwahlrecht entgegenzitt.

Wo wird gewählt?  
Die Wahl geht wiederum in elf Lokalen vor sich. Wo diese sind, wird im Volksblatt abmalmes bekannt gegeben. Wir bitten die Wähler, sich die Lokal genau zu merken.

Wer ist wahlberechtigt?  
Wahlberechtigt ist, wer in die Wählerliste aufgenommen worden ist, die vor Mitte Juli zusammengefaßt wurde und dann bis Ende Juli auslag. Aufgenommen sein muß, wer zu dieser Zeit in Halle seit mindestens Jahresfrist wohnt, gegenwärtig eine eigene Wohnung hatte oder als Chambergenosse gelten konnte, auch Staatsangehöriger Preußens war, die von ihm geleiteten Gemeindevorsteher ernannt hatte, im letzten Jahre nicht an öffentlichen Mitteln unterstellt worden war und zurzeit der Wahl mindestens das 24. Lebensjahr vollendet haben wird. Wer auf Grund des Antwerpenspruchs von der Steuer befreit ist, besitzt das Wahlrecht nach wie vor. Jeder Wähler hat in dem Bezirk zu wählen, dem die Wohnung zugehört, mit der er in der Liste verzeichnet ist. Wer inzwischen seine Wohnung gewechselt hat, was bei sehr vielen Wählern — und namentlich bei vielen Arbeitern — zutreffen dürfte, gehört nach Maßgabe der Liste zu dem Bezirk seiner früheren Wohnung und hat dort zu wählen. Auch des Wahlvorstehers Frage nach des Wählers Wohnung ist in jedem Falle durch Nennung der früheren Wohnung zu beantworten.

Wann wird gewählt?  
Die Wahl dauert an den drei Tagen von morgens 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. Nach 5 Uhr wird in den Wahlraum niemand mehr eingelassen, doch wird bei Stadtverordnetenwahlen jeder Wähler, der bis 5 Uhr den Wahlraum betritt, noch zur Stimmabgabe zugelassen, auch wenn die Uhrschlag über 5 Uhr hinausdauert. Jeder sollte

so zeitig wie möglich zur Wahl kommen, feiner sollte auch den Gang nach dem Wahllokal bis zu den letzten Nachmittagsstunden oder gar bis zum allerletzten Augenblick beschleunigen. Wer kurz vor Torchluss eintrifft, kann es erleben, daß ihm, wenn er etwa in ein zufälliges Wahllokal gerät, aber die mitgerechete Legitimation dem Wahlvorsteher als nicht ausreichend erscheint, die Möglichkeit, noch zu wählen, überhaupt verloren geht.

Legitimation ist vor allem die vom Magistrat ausgefertigte Wählerkarte,

die in den letzten Tagen dem Wähler überhandt wurde. Wer eine solche Karte nicht erhalten hat, verleihe sich mit dem Steuergettel oder dem Mietkontrat, eventuell auch mit seinen Militärpapieren. Ein sozialdemokratischer Wähler, der mit unzureichender Legitimation an den Wahllokal tritt, darf freilich darauf rechnen, daß der Wahlvorstand ihn als „personlich bezeugt“ legitimiert.

Jedem Wähler, der dem für seine Bezirk aufgestellten Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme geben will, ist dringend zu raten, daß er den Namen der Kandidaten sich vorher genau anschaut (nicht erst am Wahltag) und sich ihn einprägt. Bei Stadtverordnetenwahlen wird nicht ein Stimmzettel abgegeben, sondern dem Wahlvorsteher die Namen der Kandidaten genannt. Wenn der Wähler diese ungenau, so trägt der Wahlvorsteher sie so ein — und den richtigen Kandidaten gibt eine Stimme verloren. Wie man also genau auf Namen und Stand der sozialdemokratischen Kandidaten und lese sie laut und deutlich mit Wohlwille vor. Wenns es auch darauf zu achten, daß die Wahlkarte für die einzelnen Kandidaten hinlanglich wird, da Ergänzungen auf vier und zwei Jahren zu wählen sind.

Das sind Außerordentliches, aber sie dürfen nicht übersehen werden. Keine Stimme eines Wählers dritter Klasse darf der Sozialdemokratie verloren gehen; diesmal kann es auf jede Stimme ankommen. Daß ein Wähler dritter Klasse seinen Freiwahlmann mehr wählen, sondern nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie seine Stimme geben kann, verleihe sich von selber. Nur die Sozialdemokratie ist bereit, in der Stadtverordnetenwahl die Sonderbestrebungen der Sozialdemokratie nachdrücklich entgegenzutreten und die berechtigten Interessen der werksichtigen Bevölkerung zu sichern. Wähler dritter Klasse, auf zur Wahl! Auf zum Sieg der Sozialdemokratie!

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 2. November 1911.

### Angehobenes Verbot eines öffentlichen Aufzuges.

Schon wieder einmal mußte der höchste preussische Verwaltungsgerichtshof die Behörden in bezug auf die Anwendung des Vereinsgesetzes eines besseren belehren. Der Arbeiterturnverein Pinnberg feierte am 14. Mai 1901 die Einweihung seiner Turnhalle. Es war erst ein Festzug mit Musik geplant, an dem die zum Feste geladenen Arbeiterturnvereine der Umgegend teilnehmen sollten unter Führung der Fahnen. Die Polizeiverwaltung verbot, die Genehmigung weilt, ebenso wie es in Halle immer heißt, eine öffentliche Parade zu veranstalten. Schließlich wurde ein Festzug ohne Musikföhrer und ohne Fahnen genehmigt. Nur Trommler und Pfeifer durften vorzögen.

Wegen des Verbots des Zuges in der erst genannten Form erhob W. Mehnke vergeblich die Beschwerde beim Landrat des Kreises Pinnberg und beim Regierungspräsidenten in Schleswig. Die Behörden beließen sich vor allem darauf, daß am selben Tage der Pinnberger Kriegerverein seine Fahnenweihe hatte. Dadurch würden, so wurde gesagt, eine große Zahl patriotischer Leute nach Pinnberg und Umgegend kommen. Der Umzug der Arbeiterturnvereine, wie er geplant gewesen sei, würde einen parteipolitischen, demagogischen Charakter gehabt haben. Es wäre zu erwarten gewesen, daß außer den Mitgliedern noch zahlreiche andere Personen sich angeschlossen haben würden. Wegen der gleichzeitig stattfindenden Fahnenweihe des Kriegerverbands hätte die Möglichkeit von Zusammenstößen vorgelegen. Auch habe einmal ein Gefangenenverein, der an dem Turneraufzuge habe teilnehmen sollen, ohne Genehmigung einen Aufzug mit Fahnen und Gesang gemacht. Das sei eine Tatsache, die Ausführenden bestärken ließ. So sei das Verbot gerechtfertigt gewesen.

Die Sache kam nun gegen den Regierungspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Wolff, machte geltend, daß keinerlei Tatsachen vorgetragen worden seien, aus denen auf die nahe Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit geschlossen werden könnte. Kennzeichnend für das Vorgehen der Behörden, daß schließlich ein Aufzug ohne Musikföhrer, ohne Fahnen, ohne Gefangenenverein, aber unter Vorantritt von Pfeifern und Trommlern gestattet worden sei. Hier könne man doch kein anderes Wort gebrauchen als: Schamane! — Zu bemerken sei, daß die eigentliche Fahnenweihe des Kriegerverbands eine öffentliche Sache sei, die in der Vergangenheit zu derselben Zeit habe stattfinden sollen, wie der Zug der Turner in Pinnberg. Immer mehr häuften sich die Zahl der Fälle, wo für Verbote von Arbeiteraufzügen geltend gemacht wurde, daß zurzeit irgend ein patriotischer Verein ein Fest oder einen Aufzug habe und daß Zusammenstöße zu befürchten wären. In einem der Fälle sei aber der Beweis geführt worden, daß die Mitglieder eines patriotischen Vereins so roh gewesen wären, die Pfeifende der Arbeiter zu föhren, oder daß umgekehrt ein Arbeiterverein so gehandelt hätte. Die so oft aufgestellte Behauptung von der Möglichkeit solcher Zusammenstöße sei nichts als eine Fiktion, die in der Praxis nicht zu bestehen vermag. Das Oberverwaltungsgericht entschied, daß das Verbot a priori zu erheben sei. Es wurde kurz angeführt: In den Ausführungen der Behörden habe der Senat keinen Anhalt dafür gefunden, daß in dem in Frage kommenden Aufzuge und in der Art, wie er veranstaltet werden sollte, eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erblickt werden könnte.

### Zur Ausschreibung der Dispositionen und Steinbrüder.

Die Unternehmerr-Zeitung Deutsches Steinbrüderwerke vom 1. November berichtet über die Leipziger Hilfsarbeiterbewegung und muß sich um ein paar Unwahrheiten für seine Leser zusammenzutragen, schon nach Halle wenden.

In Leipzig sind dem armen Doktor bis jetzt die Helle weggeschwommen, wie einen betrieblen Roggeher. Aus den so viel versprechenden Kontraktbuchungen ist bis zur Zeit so wenig herausgekommen, das man sich schon denken muß, recht viele Betrüger zu machen. Die sind aber auch danach.

1. Offenbar hat die Ausschreibung des Leiters Schulze-Beipzig vor nun ein Jahr der Hilfsarbeiterbewegung in Halle gegen einzelne Firmen vorgegangen und hatte bei einer Halle

lenfer Firma unter Kontraktbruch, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt. 2. Es kam zur Verhandlung vor dem Kaiserlichen Obergericht, bei der ein Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes, Scheibe und Eckerhölle, und des Bauunternehmens, Herr Otto Schulze-Weigig, vertreten waren. 3. Diese Verhandlung wurde schriftlich fixiert, die von der Hilfsarbeiterpartei unterzeichnet wurde. 4. Die Firma G. W. will davon Abstand nehmen, irgendwelche Schadenersatzklagen wegen des Kontraktbruchs anhängig zu machen.

Es die journalistische Veröffentlichung des Schuldverhältnisses! Der Sachverhalt bezüglich der Gaulteiler der Gewerkschaft folgenden: 1. Dem Schreiber obiger Zeilen hier zu antworten, wer die Arbeitsvermittlung in der Fa. B. Galle, befehligt hat, lehne ich solange ab, wie uns nicht von jener Seite mitgeteilt wird, warum in den Leipziger Groß-Steindruckereien die Vertrauensleute, die 5-10 Jahre im Dienst der Firmen standen, zuerst zur Entlassung kamen, in drei Betrieben nach Ablauf der Kündigungsfrist, in drei weiteren Betrieben ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und hier die Veranlassung dazu gegeben hat. 2. Zu meine erste Unterhandlung in dieser Angelegenheit mit der Fa. B. Galle, am 19. Oktober in Gegenwart von drei Firmenvertretern und wahrer 3/4 Stunde. Eine zweite Verhandlung und mündliche Vereinbarungen wurden am 23. Oktober, abends 7-8 Uhr (wieder im Sontar der Firma B.) in Gegenwart zweier Vertreter der Firma, eines Vertreters der Galle'schen Buchdruckereibesitzer, zweier Vorstandsmitglieder der Hilfsarbeiterpartei der Fa. B. und der Gaulteiler O. Schulze-Weigig zum Abschluss gebracht. (Es fehlte nur der Schweberechtsanwalt). Soweit ich und die bezeichneten Personen in Frage kommen, ist vom Obergericht nicht ein Wort geredet worden. 3. Zu 3. Soweit die Hilfsarbeiter Vertreter von Galle und ich als Gaulteiler in Frage kommen, ist an den bezeichneten Tagen, 19. und 23. Oktober, nichts von uns unterzeichnet worden, wir haben der Firma geglaubt, daß sie das, was sie in Gegenwart so vieler Zeugen verspricht, auch hält! 4. Die Firma B. hat uns am ersten Tage unserer Vermittlung erklärt, daß allen geplanten Maßnahmen, welche dem Schuldverhältnis zur weiteren Erledigung übergeben sind, Abstand zu nehmen, wenn uns die Vermittlung zwischen dem Hilfspersonal und der Firma gelingt.

Das letztere ist denn, wenn auch mit diesem Verzicht, zum Leidwesen der Schweberechts, erreicht, und das ist es wohl in der Hauptsache, was so seltenerlei Autorschriften des Doktors Anlaß gibt. Er konnte nicht nicht Frieden rufen! Auf das obige Gespräch über die Hilfsarbeiterangelegenheiten einzugehen, ist uns sehr lieb, wie auch das Druckpapier zu teuer. Wenn die Leser und Schweberechtsfirmen sich an solcher geistigen Nahrung erlaben können, dann haben wir bisher unter weger und vor allem ihren geistigen Reize viel zu hoch eingeschätzt und versprochen, daß wir untere Ansicht korrigieren. Der Gaulteiler des Verbandes der Buch- u. Steinbrucker Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzig.

**Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.**

Vor einiger Zeit veröffentlichte ein bürgerliches Blatt folgende Namen von Herren, die nicht auf die Worte des Reichers schwören wollten. Da ungenügend die Wissenschaft und ihre Lehre frei ist, müßten wir den Rektor der hiesigen Universität folgende Liste zum Studium empfehlen:  
 Herr Dr. Stenius in Magdeburg 1841 — abgelehnt.  
 Nonhistoriatat Schulz in Breslau 1848 — abgelehnt.  
 Herr Rupp in Mühlberg 1845 — abgelehnt.  
 Herr W. Helicenus in Halle a. S. 1846 — abgelehnt.  
 Herr Schöder in Jena 1847 — abgelehnt.  
 Herr Gonne in Eisen 1871 — nicht befragt.  
 Herr Gittermann in Gera 1873 — abgelehnt.  
 Herr Pottig in Hannover 1873 — nicht befragt.  
 Dr. Högler in Leipzig 1873 — nicht befragt.  
 Herr Klapp in Osnabrück 1875 — nicht befragt.  
 Herr Wesenmeyer in Osnabrück 1880 — nicht befragt.  
 Herr Endow in Berlin 1872 — abgelehnt.  
 Herr Götzbad in Berlin 1877 — nicht befragt.  
 Herr Schramm in Berlin 1877 — nicht befragt.  
 Herr Werner in Berlin 1877 — nicht befragt.  
 Herr Kalloff in Witten 1878 — abgelehnt.  
 Herr Rau in Berlin 1879 — nicht befragt.  
 Herr Holender in Berlin 1880 — nicht befragt.  
 Herr Lüth in Ederförde 1881 — abgelehnt.

Herr Dr. Schenck in Stuttgart 1882 — abgelehnt.  
 Herr Weinger in Osnabrück 1882 — abgelehnt.  
 Herr Kömer in Remscheid 1906 — nicht befragt.  
 Herr Ogen in Berlin 1908 — nicht befragt.  
 Herr Gafar in Dortmund 1908 — nicht befragt.  
 Herr Jafko in Köln 1910 — abgelehnt.  
 Das sind nur fortgesetzte Beispiele; dazu gefellen sich aber noch Hunderte von Universitätsprofessoren, die man ihrer freiwilligen Willensfreiheit wegen geben ließe.  
 In irgend einem Kapitel des 5. Buch Moses heißt es: Du sollst dem Ochsen, der da drifft, nicht das Maul verbinden. Da heißt es aber noch weiter: Du sollst nicht zweierlei Geschlecht in deinem Esel, groß und Klein, haben. Da nun die Worte des Herrn Reichers mit den Handlungen der Staatsbedürden schwer in Einklang zu bringen sind, würde es sich an der hiesigen alma mater empfehlen, ein Privatsignum über genanntes Kapitel zu hören.

**Verwohnmangszählung vom 1. November 1911.**

Die Zählung der Verwohnmungen hat ergeben, daß am 1. November 776 reine Wohnungen und 80 Wohnungen mit Geschäftszwecken, zusammen 856 Wohnungen, 1, 2 oder 3 standen; das sind 1,80 Proz. aller Wohnungen. Bei den früheren Zählungen wurden ermittelt am  
 1. Nov. 1909: 435 Verwohnmungen = 1,01 Proz.  
 1. Mai 1910: 498 Verwohnmungen = 0,98 Proz.  
 1. Nov. 1910: 526 Verwohnmungen = 1,27 Proz.  
 1. Mai 1911: 604 Verwohnmungen = 1,18 Proz.

Damals ist jetzt eine größere Zahl von Verwohnmungen zur Verfügung. Es hat aber auch für die einzelnen Stadteile und für die einzelnen Wohnungsgruppen zutrifft, kann erst die nähere Untersuchung des Materials ergeben. Davon wird es abhängig, ob nunmehr die Lage auf dem Wohnungsmarkt als normal zu bezeichnen ist. Voraussetzung bleibt dabei, daß sich unter den besetzten Wohnungen nicht gar zu viele finden, deren politische Ausstattung über kurz oder lang erfolgen muß. (1)

**\* Am Kapitel: Arbeitswilligenstand.** Ein hiesiger Maurer mag, wie mir mitgeteilt wurde, dem Schöffengericht berichten, wegen Verwehrens gegen § 188 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Er soll im September einen Arbeitswilligen, der Mitglied der sogenannten Freien Vereinigung ist, unter Drohungen aufgefordert haben, Mitglied des zentralisierten Bauarbeiterverbandes zu werden. Die Drohung soll dahin bestanden haben, die Kollegen würden nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten, wenn er sich dem Verbande nicht anschließen. Gegen das erstinstanzliche Urteil hatte er bei der Strafkammer Berufung eingelegt, die von seinem Rechtsbeistand dahin begründet wurde, daß § 188 der Gewerbeordnung sei nicht verletzt, da er sich nicht um Errichtung künstlicher Wohn- und Arbeitsbedingungen handele. Die Strafkammer war aber gegenständlicher Ansicht und verwarf die Berufung mit dem Hinweis, da sich die Fälle der Verhöhnungen von Arbeitswilligen mehren, sei die vom Schöffengericht verhängte Strafe eher zu gering, als zu hoch. Also verhängte Ausnahmegele gegen Gemeinlichkeiter her.

**\* Zwei Kinder von der Straßbahn überfahren.** Das Kind des Köchchens Hans wurde gestern nachmittag von einem Wagen der Stadtbahn in der Merseburgerstraße überfahren und so entsetzlich verunmündet, daß es sofort starb. — Bald nach diesem Unfall wurde an der Schimmlerstraße ebenfalls von der Stadtbahn die kleine Tochter der Familie Schotte überfahren und sehr schwer verletzt.

Von der Verwaltung der Stadtbahn wird über die Unfälle berichtet:  
 Am 1. 3. Nr. war unser Führer Oppermann II, hier, Viersenstraße 35, nachmittags 3 Uhr 5 Min. auf der Fahrt von der Artilleriekaserne nach dem Steinhof. In der Merseburgerstraße, vor dem Grundstück 102, gewahrte derselbe ein plötzlich auftretendes Pferd. Nach der Veranlassung Umfahrungen, ließ er hinter dem Motorwagen ein rasch verlaufes Pferd liegen. Dasselbe wurde nach dem Grundstück Nr. 101 gesteuert und sofort ein Tral hingezogen, der jedoch nur den Tod feilantworten vermochte. Das Kind ist weder von dem Führer noch von Zeugen vor dem Wagen bemerkt worden, ob das nur angenommen werden kann, daß es sekundär in den Wagen hineingekommen ist.  
 Gestern, nachmittags 4 1/2 Uhr, war unser Führer Franz Nitzsche, hier, Desauerstraße 14, mit Motorwagen Nr. 3 auf der Fahrt vom Steinhof nach der Artilleriekaserne. In der St. Steinstraße vor dem Grundstück Nr. 65 lief demselben von

der Reiterseite aus in einer Entfernung von kaum 1 Meter ein Kind vor dem Motorwagen. Nach Veranlassung beider Führer wurde das Pferd zum Stehen gebracht, das Kind wurde von dem Wagen erlöst und dem Vater unglücklich zu Fuß, das es unter der Schutzvorkantung geriet. Schöffengericht wurde das Kind nach der Anklage, links überfahren, zum Urteil überführt. Nach den Zeugnisaussagen trifft unterm Angeklagten keine Schuld.

**\* Ist die Reichshaltung eines Schulbuches strafbar?** Mit dieser Frage hat sich das Kammergericht zu beschäftigen. Ein Herr Müller, dessen Kind die Volksschule in Rebra bei Raumburg a. S. besucht, hatte für das Kind nicht das vorgeschriebene Buch gekauft, so daß es ohne das Buch am Unterricht teilnahm. Darauf wurde gegen den Vater ein Strafverfahren eingeleitet, und zwar wegen Verletzung einer der in Preußen überall erlassenen Regierungsverordnungen, die die Durchführung der Schulpflicht gemäß § 48 II 12 Allgemeinen Landrechts dienen. Diese Verordnungen betreffen die Eltern der Schule, deren Kinder ohne vorgeschriebene Schulbücher die Schule besuchen. Die Anklage betonte, die Teilnahme am Unterricht ohne das vorgeschriebene Schulbuch komme einer Schulverweigerung gleich.

Die Strafkammer in Raumburg a. S. als Berufungsinstand sprach jedoch den Angeklagten frei, weil das Abschließen des Schulbuchs nicht unter den Begriff der Schulverweigerung falle. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und blieb bei ihrem Standpunkte. Wenn ein Kind ohne Schulbuch sei und dem Vater nicht folgen könne, kann bei es ebenlosgelassen, was denn das Kind in der Schule fehlt.

Das Kammergericht wies die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung zurück: Befinde ein Kind die Schule, dann könne von einer Schulverweigerung im Sinne des Landrechts und der Regierungsverordnung nicht die Rede sein. Und auch sonst könne ein Strafverfahren in der Sache nicht in eine Verurteilung eintraten, weil es an einer strafrechtlichen Norm dafür fehle.

**\* Die Weisung auf der Regimentskammer.** Einen netten Einblick in die Verhältnisse einer Regimentskammer gewährte die Verhandlung des Oberkriegsgerichts gegen den ehemaligen Kammer-Sergeanten Karl Franz, 10. Komp. 108. Inf. Regts., der wegen Mißhandlung Untergebener in erster Instanz in Halle a. S. zu 8 Tagen Mittelarrest verurteilt worden war. Der Nachfolger des Franz in der Kammer zu Wehrburg war der Sergeant Höbger, der wegen desselben Delikts zu 18 Tagen Mittelarrest verurteilt worden ist. Franz hat gegen das Urteil Berufung eingelegt, angeführt, weil er unschuldig ist, während der mißverurteilte Höbger sich bei dem Urteil beruhigt hat.

Auf dem Tische vor dem Richterkollegium liegt bei der Verhandlung eine da u m n a r z e E d e x p e r i s t i s c h e, wie sie die Richter bei der Beurteilung im Gebrauch haben. Diese Weisung hing an einer Zitr in der Regimentskammer in Wehrburg. Wie die Weisung dahingelassen ist, konnte nicht festgestellt werden. Sie war jedenfalls da, und eine große Anzahl von Soldaten, besonders Wehrleute, die da kamen, um Einsehl oder andere Militärleistungen anzufassen resp. umzusetzen, haben mit dieser Weisung Bekanntschaft gemacht. Die Weisung wurde schließlich so erg. daß Anklage erfolgte. Die Strafkammer hat die gegen den Angeklagten liegenden Akten der Wehrburg, die gegen den früheren Militärarzt Wehrburg, der im Gegenlaß von dem Angeklagten mit der Weisung behauptet, daß Franz mit der Weisung gefahren worden zu sein. Der Angeklagte bestreitet mit aller Entschiedenheit, sich jemals an einem Untergebenen berathen zu haben. Um über die Verhältnisse der Angeklagten nähere Auskunft zu geben, hat der Vorsitzende den Hauptmann des Regts. befragt. Das Gericht lehnt den Zeugen jedoch ab, da ein Führungsakt des Angeklagten bei den Akten sei.

Der Vertreter der Anklage hält die Mißhandlung zwar für nicht besonders bedeutend, aber für ergoeben e n u r z e i t l i c h e n und beantragt Verurteilung der Weisung der Weisung des Oberkriegsgerichts. Klagebogen lautet auf Freisprechung. Einmal sei die Sache schon sehr lange her und das andre Mal, ist nur der eine Zeuge Strauß da, der an sich wohl glaubwürdig, aber dessen Aussage doch nicht so überzeugend ist, daß derzufolge eine Verurteilung erfolgen könnte. Der Angeklagte würde nicht als unschuldig angesehen, sondern nur wegen mangelnder Beweise freigesprochen.

Das gefährliche Verzeu, die Weisung, wurde nicht eingesehen. Es scheint als wenn sie ihren früheren Platz in der Kammer wieder einnehmen soll. —  
**\* Die Schürreier im Apollotheater.** Sie sind immer und überall gern gesehene Gäste, die Schürreier mit ihrem wackeren Direktor Rober Zerkof. Die unermüdete, verbe Darstellungsleistung dieser ehemaligen Bauernkassenspieler hat von ihrer unmittelharen, erfrischenden Wirkung im Laufe der Jahre nichts eingebüßt. Diese Wirkung beruht vor allem darin, daß bei

**Alle, die an einer Erkrankung der Atmungs- Organe leiden,**

und die Symptome wie: Husten, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Schwäche, Frangigkeit, Angstaufstände usw. bemerken:  
 müssen sehr auf der Hut sein beim Winterungs-Umschlag  
 da die bei rauher Wetter, bei Regen und Wind besonders hart grassierende Influenza für Personen, die an einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden, sehr bedenkliche Folgen zu haben pflegt.  
 Jeder wissen viele noch nichts von der neuesten Erfindung patentmäßig geschützt, den Katal- Sauerstoff- Inhalationen von Dr. G. Schmeier, welche in so kurzer Zeit bekannt geworden sind, weil sie ohne jeden Apparat durch ihren atmen Zuerstehen auf Athma, Lungeneiden, Katarrhe, Reuchhusten, und insbesondere Influenza eine geradezu traumatische Wirkung ausüben. Das bezeugen viele Ärzte und Patienten letztere in überströmender Dankbarkeit, nachdem sie für ihre zum Teil veralteten

Leiden durch diese neuen Dr. Schmeiers Katal-Inhalationen endlich Besserung gefunden haben.  
 Nachfolgend nur ein Paar von den vielen täglich einlaufenden Dankausagen und Anerkennungen:  
**Hat Wunder gewirkt!**  
 Herr Diakon R. Wittmann, Kempin, schreibt: Ich bitte, mir umgehend per Nachnahme die nötigen Sauerstoff-Inhalationen zuzuschicken, die auf einer Kur erforderlich sind. Ich lenne Ihre Inhalationen von Voren her. Ich behöre zu dem vorigen Diakonienheim und weiß Ihr Präparat zu schätzen. Ueberall, wo wir es empfohlen haben, hat es Wunder gewirkt. Da ich sehr viel von unserer Anstalt verläßt werde, werde ich stets damit sein. Ihr Präparat jedem Leidenden zu empfehlen. Wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir gleich nach Erhalt des Briefes die Inhalationen zusenden würden.  
**Aus vollem Herzen!**  
 Herr Ingenieur Max Wulz, Dresden, schreibt: Aus vollem Herzen kann ich die Aufschreiben bestimmen, die Sie schon erhalten haben. — Ich lebe seit drei Jahren an einem hartnäckigen Bronchialkatarrh. Starke Husten aus der Brusthöhle und Auswurf waren die Folgen desselben. Nach Gebrauch von 28 Inhalationen ging das Husten zurück und ich jetzt fast vollständig verschwunden. Und erst hörte man es drei Meter weit. Was in drei Jahren Wäber und Inhalationen mit allerlei Mitteln nicht fertig brachten, erreichten Ihre Katal-Inhalationen in etwa 14 Tagen. Es wird

mir ein Vergnügen sein, Ihre Inhalationen weiter zu empfehlen. Ich bin sicher, mit Hilfe Ihrer Inhalationen wieder ganz gesund zu werden.  
**Wollte Wirkung getan!**  
 Herr Hof- Hofschreiber, München, schreibt: Mit Freuden hat sich Ihnen mitteilen, daß die von Ihnen besagten Katal-Sauerstoff-Inhalationen ihre volle Wirkung getan haben gegen meine seit sechs Monaten bestehende Tuberkulose. Auswurf wurde weniger und wechselbarer; auch Brustschmerzen linderten sich bedeutend. Habe die Inhalationen meinen Bekannten aufs beste empfohlen.  
**Die Habicht schaltet jedem einen Katalenien Reim!**  
 Man braucht nur an die Katal-Sauerstoff- Gesellschaft m. b. H. Berlin W. 25 A 454 eine Postkarte zu schreiben, auf der man seine Adresse (ich genau und deutlich) angibt, und man erhält umgehend gratis und franco ein Probe-Inhalation zugedacht.  
 So kann jeder ohne Risiko die Wirkung dieses einseitigen hilfreichen Mittels an sich selbst erproben, denn schon die erste Inhalation pflegt eine auffallende Erleichterung der Atmung zu bringen!  
 Man möge nicht! Jeder Tag ist wichtig! Genaue Gebrauchsanweisung, ärztliche Gutachten, eine ganze Sammlung von Anerkennungen u. l. m. liegen der kostenfreien Probebox bei.

**Ravon-Seife** / eine neuartige Hausalkalische von fabelhafter Waschkraft.

Besonders wird man überrascht sein über die absolute Schonung jedes Gewebes, sei es gewöhnliche Wäsche, sei es Wolle, Baumwolle oder Seide. Die Stoffe laufen nicht ein und behalten ihre Weiche und ihre ursprüngliche Farbenschönheit. Dabei ist die Ravon-Seife außerordentlich ausgiebig. Schon bei ganz leichtem Aufstreichen ist der Schaum da.  
 Preis pro Stück 20 Pfg.  
 Ab 20. Oktober überall erhältlich.









# 2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 258

Halle a. S., Freitag den 3. November 1911

22. Jahrg.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Zum Besuch generischer Versammlungen

Nach dem Beschlusse der Leipziger Kommission ist ein Beschlusse gefasst, der in folgender Erklärung gipfelt:

Der Wahlkampf ist entbrannt. Die Gegner werden lebhaft mit Versammlungen einsteigen und alles in Bewegung setzen, um ihre Versammlungen zu füllen, Briefe zu verschicken und freie Aussprache. Die bisherigen Erfahrungen lehren aber, daß in solchen Versammlungen (Lundungen) das unrichtige Bild vorgetragen, aber das gegebene Beispiel auf Nachahmung nicht gehalten, sondern 10 oder 15 Minuten Redezeit gewährt wird. Es ist doch vorzuziehen, daß ein Gegner drei Stunden lang mit Repetiergeschwindigkeit geschwätzt hat und dann unser Redner fünf bis zehn Minuten Redezeit einzunehmen würde. Daß ein Redner alle in mehreren Stunden vorzutragenden Gesichtspunkte und Einzelheiten nicht innerhalb 10 Minuten überlegen kann, ist unter Umständen mehr Zeit benötigt als der Angreifer, das müssen die Gegner. Darum ist es eine feine Handlung, wenn die Aussprache in der Weise eingeschränkt wird. Die Anhänger der Sozialdemokratie haben den Gegnern die Versammlung gefüllt, haben dem Redner für seine Ausführungen erst einen Rednerausdruck geschaffen und werden, durch die beschränkte Redezeit wehrlos gemacht, dann im Schlusswort in der Regel um 10 oder 15 Minuten.

Diese Methode soll nach einer im Sommer 1909 von der nationaldemokratischen Vereinigung in Leipzig abgedruckten Erklärung bei den Wahlkämpfen vertrieben angewendet werden. Das Vereinsgesetz gibt dem Gegner hierfür die Handhabe. Nach § 10 des Vereinsgesetzes ist der Veranstalter einer Versammlung berechtigt, die Leitung selbst zu übernehmen, sie einem anderen zu übertragen oder die Wahl des Leiters durch die Versammlung zu veranlassen. Es steht also ganz in dem Rechte des Veranstalters, ob er eine Bureaukratie vornehmen lassen will oder nicht. Der Veranstalter oder Leiter hat für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für unzulässig zu erklären. Das Geschäft einer Versammlung liegt vollständig in der Hand des Veranstalters. Nichts ist man zwar öffentlich Redezeit anzuweisen. Wenn dann durch diese Anweisung der Versammlung gefüllt wurde und der Redner sprach, protestierte er die Anwesenden daran, daß der Veranstalter die Leitung der Versammlung gefüllt wurde, die Versammlung zu schließen. Alle diese Umstände veranlassen das Bezirkskomitee, den Genossen zu empfehlen, generische Versammlungen nicht zu besuchen.

Manche sind einmal eine Ausnahme nötig, so darf der Besuch generischer Versammlungen nur im Einverständnis mit der Parteileitung des Reichstagswahlkreises erfolgen. Gegner, die unter Anweisungen lernen wollen, müssen sich in ihre Versammlungen bemühen, wo Redezeit nicht nur verschrieben, sondern auch gewährt wird. Darum, Arbeiter, meidet generische Versammlungen!

**Schwabitz.** Kät. Ueberleben des Wädelers. Die der hiesigen Wädelung angehörenden Wädelmänner haben beschlossen, ihre Wädel von jetzt an abends um 8 Uhr zu schließen.

**Witten.** Die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen für Stadtvorsteher Frauenheim, Baummeister Baukamm, Kaufmann Ritz und Klempnermeister Schmidt sowie die Ergänzung für den verstorbenen Schneidermeister Hermann werden am 20. November im Rathaussaal vorgenommen.

**Witten.** Raß. Räßliche Fälschung. Am 16. Juni gegen 7 Uhr abends fuhr das Automobil der Schillerischen Admiration über die Werlburger Straße von Lindenau nach Böhlen. Das Fahrzeug befand sich auf der Straße zwischen Böhlen und Hindemarsdorf, als es plötzlich eine Erschütterung erlitt. Als die Führer des Automobils nach der Ursache forschten, bemerkten sie, daß jemand überfahren worden war. Der Gendarbeiter Franz Wörth hatte sich, wie die Erörterungen ergaben, an einer Stelle des Vorderwagens festgehalten und hatte sich so auf seinem Ritz mitgeschleppt. Die Ritz war aber unglücklicherweise gestiegen und Wörth war vom Hinterwagen überfahren und sofort getötet worden. Diesen Unfall durch Außerachtlassen der nötigen Aufmerksamkeit verurteilt zu haben, wurde der Mithäufige Bauarbeiter Heinrich Sauter im Namen angeklagt, dem bevorzugen wird, daß er vorforschungslos seinen Wenzel auf dem Vorkängewagen beladen und sich in den Schuttlücken gelehrt habe, um sich vor dem Straßenraub zu schützen. Wenn S. vorforschungslos möglich auf dem Wenzel Platz genommen hätte, so würde er haben bemerken müssen, daß der Wenzel sich an das

Kraftfahrzeug angehängt hatte und er hätte dann dafür sorgen müssen, daß die Kette losließ. Der Angeklagte gab vor der Raßiger Strafkammer infolge seiner Verletzung an, das Gericht für das ihm von der Richterin der hiesigen Sitzung freigegebenen, da der Wenzel sich in der Straßmitte seinen Kopf selbst verschuldet hatte. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Verletzung des § 21 des Gesetzes betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu 30 Mark Geldstrafe event. sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

**Witten.** Am 20. Oktober stattgefundenen öffentlichen Einwohnerversammlung referierte Genosse Wille Leipzig über: Kirche, Schule und Sozialdemokratie. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß an den Vortrag erhielt ein lebhafter Debatte über die Kriegspolitik, die von dem Redner Schöber mit großem Interesse gepflegt wurde. Von verschiedenen Diskussionsrednern wurde darauf hingewiesen, daß die Eltern ihre Kinder von den Kriegsspielen fernhalten sollten, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung beschließt, die Eltern zu ersuchen, gegen die Schöber veranstalteten Kriegsspiele und verlangen von unseren Gemeindevorstellern, in der nächsten Sitzung dahin zu wirken, daß dem Vater aus finanziellen wie gesundheitlichen Gründen die Fortsetzung der Spiele verboten werde.“

**Witten.** Einen guten Schritt nach vorwärts hat die Arbeiterbewegung am Orte gemacht. Es ist den Arbeitern gelungen, den Gasthof am Krönprinzen für alle Versammlungen freizubekommen. Es erwächst unseren Genossen damit die wichtige Aufgabe, das nach langen Mühen erlangte Lokal auch nach Kräften zu unterhalten, damit es nicht wieder verloren geht. Die Gegner sind schon eifrig dabei, unsern Genossen das Lokal wieder abzugeben, um während des Wahlkampfes die Aufführung der Wähler zu verhindern. Die Freunde wird den Ordnungsgewissen nicht gemacht, denn bereits am kommenden Sonntag, den 5. November, findet eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher unter Reichstagsabgeordneter Genosse Oskar Rautz-Eltenburg über die kommende Reichstagswahl gesprochen wird. Es ist das die erste sozialdemokratische Volksversammlung, die in unserm Städtchen tagt. Sorge ein jeder Genosse nach Kräften dafür, daß die Versammlung zu einer maßvollen Kundgebung wird.

**Witten.** Stadtverordneten-Ergänzung. Der Eintritt in die Landtagsordnung nimmt der verstorbenen Stadtvorordneten Schmidt einen kurzen Nachruf. Die Stadtvorordneten ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Wädeln. — Hierzu gibt der Bürgermeister einen kurzen Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindegeldangelegenheiten im Jahre 1910. Wir werden hier auf eingehen, sobald hierüber gedruckt vorliegt. Erwähnt sei, daß Genosse Menzel dabei wünscht, daß in der Zukunft bei dem Bericht über die Kräfteanstalten die Zahl der Kranke und die Art der Krankheit angegeben wird, ebenso möge die Statistik über den Kaisererwerb beim Kaisererwerb weitergeführt werden. Wegen fortgesetzter Steigerung der Preislage der Nahrungsmittelgewerbe sollen in der Fortbildungsschule statt drei Klassen vier eingerichtet werden, und sollen dieselben zu Nachmittagsausgang ausgebaut werden. Die Kosten betragen 997,50 Mark jährlich, wovon auf die Stadt 322,50 Mk. entfallen. Die Vorlage wird angenommen. Die Worte in der Kräfte- und Mädchenvereinsliste, sowie der Reals- und Höheren Mädchenschule sollen an die Sanitation angehängt werden; die Kosten betragen sich auf circa 9000 Mark, die bewilligt werden. Zur Ausführung des Steuer- und Zinsausweiseramtes sind zwei Kräfte, ein Arbeiter und ein Arbeiter notwendig, wofür die Kosten 300 Mark betragen, welche nach längerer Diskussion bewilligt werden. — Die Rechnung der Stadtparisse war von den Stadtv. Witten und Dr. Don geprüft und für richtig befunden worden, worauf die Versammlung die Entlastung aussprach. — An der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1911 sind hier 968 Personen zur und 981 Personen verzogen, so daß ein Mehr von 67 Personen verbleibt. Die Einwohnerzahl Witten betrug am 30. September 1911 14 729. Seit dem 1. Januar 1911 ist die Einwohnerzahl um 78 gestiegen. — Am Stelle des am 22. September verstorbenen Stadtv. Witten wurde von der Wahlvorstandskommission der bisherige Stadtvorordnetenversteher Fabrikbesitzer Wasse vorgeschlagen, welcher bei der Wahl selbst 16 Stimmen erhielt. Zwei Stimmen entfielen auf den Stadtvorordneten Witten, ein Stimmzettel war unbenutzt. Wante nahm die Wahl an. — Über die Fortsetzung der Forderung eines Schiedsrichters wird in geschlossener Sitzung verhandelt.

**Witten.** Zur Wädelung. Die Arbeiterkraft von Bobbau i. S. steht seit zirka vier Wochen mit den dortigen Wädeln im Dampf um Erziehung eines Reichstagswahllokals. Am nächsten Sonntag findet in Bobbau Kräfte statt, und da

alljährlich eine größere Anzahl der Wädelner und Geppinet Arbeiter diese Kräfte besuchen, seien sie an dieser Stelle auf den dortigen Lokalverhältnisse hingewiesen. Die Bobbauer Wädelner erwarten, daß sie durch die Kräfteanstalten genannter Orte kräftig unterstützt werden. Erwähnt sei hier, daß an demselben Tage im Wädelhaus in Jekhn und im Wädelhaus in Magden ebenfalls Kräfte stattfinden, wo jeder, der sich amüsen will, das tun kann, ohne seinen kämpfenden Kräftebestrebungen in den Wädeln zu fallen.

**Witten.** Konsumverein. Am 20. Oktober stattgefundenen Generalversammlung des Konsumvereins für Wädel und Umgebung gab der Geschäftsführer Wädelner zunächst den Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Er wies darauf hin, daß die Umsätze im verflochtenen Geschäftsjahr ganz erheblich gestiegen sind. So sind die Umsätze im Vergleich mit demselben Monate des Vorjahres von 700 bis 1000 Mark zu verzeichnen gewesen. Der Gesamtumsatz betrug 109 948,88 Mark, was ein Mehr von 11 728 Mark bedeutete. Die Mitgliederzahl betrug 622. Der Durchschnittsumsatz beträgt bei 511 tausenden Mitgliedern 810 Mark. Der Gesamtumsatz wurde zweimal geteilt. Genosse Wädelner weist ferner darauf hin, daß auch die Eigenproduktion gefördert werden müsse. Ein Konsumverein soll nicht nur Konsumtion, sondern auch Produktion sein. So habe z. B. die Eigenproduktion im Wädelnerbetrieb ganz erheblich zum Mehrumsatz beigetragen. Die Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustplan wurde einstimmig genehmigt. Zur Verteilung kamen auf Geschäftsmärkte (inkl. naturlicher festgelegten Absatz) 9 Prozent, auf Wädelmärkte ebenfalls 9 Prozent, auf Futterartikel 5 Prozent, und auf Meißelwaren 3 Prozent. — Der Geschäftsbericht wurde ebenfalls einstimmig angenommen, daß die Verhandlungen mit den Grundbesitzern auf ihrem praktischen Ergebnis geführt hätten, so daß der in der Wädelstraße gelegene Bauplatz gekauft worden ist. Ferner bemerkte der Geschäftsführer, daß schon eine ganz ansehnliche Summe als Baugeld von den Genossen geteilt sei, und erklarte die Genossen, dem Antrag auf Einsetzung einer Kaufkommission wurde nach längerer, zum Teil heftiger Debatte, abgelehnt und die Verkaufsaktion des Hauses der Verwaltung überlassen. Die Anstellung des Geschäftsführers soll in Wädel geschehen. Damit erreichte die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

**Witten.** Zur Stadtvorordnetenwahl. Der Stadtvorordnete hat in einer im Wädel abgehaltenen Versammlung mit den Stadtvorordneten Stellung genommen und beschlossen, auch für die dritte Klasse Kandidaten aufzustellen, und zwar den Stadtvorordnetenmeister Karl Wädelner, den Oberpostinspektoren Wilhelm Wädelner und den Schiedsrichter Robert Wädelner. Als Kandidaten für die zweite und dritte Klasse sollen die ausstehenden Vertreter wieder empfohlen werden.

**Witten.** Ein beauerlicher Unglücksfall spielte sich am Dienstag nachmittag hier ab. Die Pferde eines Geschwires des Herrn Wädelner wurden, als ein Wagen der elektrischen Straßenbahn vorbei fuhr, von dem Wagen überfahren und überfahren. Die durchgehenden Pferde übernahmen noch ein Geschwires. Barzagal wurde sofort nach Erleben ins Krankenhaus gebracht.

**Witten.** Fälschung. Fälschung. Von einem beauerlichen Unglücksfall wurde der Wädelner Wädelner erlitt, indem er auf dem Wege zum Wädelner sich rührte an die hintere Wagenpannelle stellte und so unglücklich rührte abstrühte, daß er einen Schenkelbruch erlitt, der bald den Tod zur Folge hatte.

**Witten.** Versammlung. Am nächsten Sonntag, den 5. November, findet nachmittags wieder eine Versammlung im Gasthof zum Schützen statt. Lieber ein jetzt aktuelles Thema spricht Genosse Wädelner, weshalb auf guten Besuch zu rechnen wird.

**Witten.** Wädelner. Wädelner. Parteimitglieder! Nächsten Sonntag findet eine wichtige Parteiverammlung statt. Genosse Wädelner Wädelner erlitt gleichzeitig Bericht vom Reichstagswahl. Vor der Parteiverammlung findet eine öffentliche Stadtvorordnetenwahlversammlung statt. Thema: Der Aufmarsch zur Stadtvorordnetenwahl. Alle Wähler und Wädelner mögen diese Versammlung besuchen.

**Witten.** Zur Reichstagswahl. Auf die am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, im Gasthof zur Sonne stattfindende öffentliche Volksversammlung seien alle Arbeiter und deren Frauen nachmals hingewiesen. Reichstagsabgeordneter Genosse R. Rautz-Berlin spricht über den Aufmarsch der Parteien zum Reichstagswahlkampf. Jeder agitator für die Reichstagswahl.

**Cunlicht 1000** Im Jahr beträgt der Weltverbrauch (Dieses darf man stolz betonen!) Von Sunlicht Seifendoppelsstück Ein Tausend Millionen!

10 & 25 Pfennig

Millionen Produktion sämtl. Fabrikan.

**Das sind die** beliebtesten Margarine-Marken, die allgemein befriedigen und überall gelobt werden:

**Siegerin Mohra** | **Palmato**

-Margarine, wie allerfeinste Molkereibutter in jeder Verwendungsort. -Margarine, ein Landbutter -Ersatz ohne gleichen. feinste Pflanzenbutter-Margarine, einzig haltbar Nussbutter.

Alleinige Fabrikanten: A. L. MOHR C. m. b. H., BAHRENFELD.

